



Meckern reicht uns nicht!

Jugendwahlprogramm 2019



 **JUSOS**
in der SPD Sachsen

Einleitung.....	3
Für ein gerechtes Sachsen.....	4
Für ein nachhaltiges Sachsen.....	6
Für ein junges Sachsen.....	9
Für ein offenes Sachsen.....	13

Dieses Jugendwahlprogramm wurde beschlossen auf der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen am 8. Juni 2019.

Einleitung

Wir Jusos Sachsen kämpfen bei der Landtagswahl am 1. September, aber auch schon weit davor und danach, für ein gerechtes, nachhaltiges, offenes und junges Sachsen. Diese Auseinandersetzung führen wir aus grundlegender inhaltlicher Überzeugung. Die sehr fassbare Gefahr eines weiteren Rechtsrucks und die Möglichkeit einer konservativ-völkischen Koalition bestärken uns in diesen Auffassungen.

Ohne eine gestärkte SPD wird ein Wandel in vielen Themenbereichen nicht möglich sein. Ohne einen Wandel bei der SPD selbst wird dies jedoch nicht funktionieren. Der sozialdemokratische Teil der Staatsregierung und die Landtagsfraktion konnten in den vergangenen Jahren diverse spürbare Erfolge verbuchen: so werden endlich wieder mehr Lehrer*innen ausgebildet und es gibt wieder sozialen Wohnungsbau. Es gab jedoch auch große Enttäuschungen, die wir nicht schönen möchten – sei es das autoritär geprägte Polizeigesetz, das Scheitern eines neuen progressiven Vergabegesetzes und die fehlende Stärkung der verfassten Studierendenschaft an Hochschulen.

Damit sich solche Fehler nicht wiederholen, braucht es zweierlei: mehr junge und linke Menschen in den Parlamenten und ein anderes Regierungsverständnis. Eine sächsische CDU kann schon aufgrund ihrer inhaltlichen Verortung niemals unsere Traumpartnerin sein. Die inhaltlichen Schnittmengen mit Linken und Grünen sind deutlich größer. Für uns bedeutet dies eine Verpflichtung, für eine rot-rot-grüne Koalition im Freistaat zu kämpfen. Dafür werden sich die Jusos auch im Landtagswahlkampf weiterhin vehement einsetzen. Sollte es nach der Landtagswahl eine Mehrheit für ein solches Bündnis geben, fordern wir alle drei Partner auf, sich für ein solches einzusetzen. Auch unabhängig von der Wahl muss die Zusammenarbeit zwischen SPD, Grüne und Linke ausgebaut werden.

Eine grundlegende Entwicklung der Gesellschaft in Sachsen ist eine wachsende Akzeptanz für rassistische und andere menschenfeindliche Einstellungen. Was früher unsagbar gewesen wäre, wird nun als alltäglich hingenommen. Die gesellschaftliche Gegenwehr gegen solche Geschehnisse nimmt hingegen nur langsam zu. Als Jusos haben wir Verständnis für viele Lebensgeschichten und den daraus entstandenen Frust. Wofür wir in keiner Situation Verständnis haben sind jedoch Äußerungen, die andere Menschen pauschal abwerten, sie in ihrer Würde angreifen und zu einem zunehmend feindlichen Klima beitragen.

Ein weiterer Befund ist das Versagen des kapitalistischen Marktes im Freistaat. In ländlichen Räumen hat sich der Staat zurückgezogen und das Spielfeld der Selbstregulierung des Marktes überlassen. Es überrascht nicht, dass diese Rechnung nicht aufgegangen ist und der freie Markt sich auf profitable Bereiche konzentriert hat. Auch in städtischen Regionen zeigt sich, dass der Kapitalismus

nicht die Lösung für die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse sein kann: Mieten steigen ins Unermessliche und der private Neubau stellt Angebote bereit, die sich nur sehr wenige wirklich leisten können.

Wir als Jusos Sachsen stellen beiden Entwicklungen etwas entgegen. Zum einen ein klares Staatsversprechen: der Freistaat muss den Anspruch haben, gesellschaftlich notwendige Angebote flächendeckend vor Ort anzubieten, auch wenn es der Marktlogik widersprechen mag. Zum anderen fordern wir eine Offensive für Demokratie und Mitbestimmung, die Prozesse vor Ort anstößt und gesellschaftliche Grundwerte endlich wieder stärker in die Breite trägt. Diese Ziele finden sich in vielen unserer konkreten Forderungen wieder, für die wir bis zum 1. September streiten werden.

Für ein gerechtes Sachsen

Sozialpolitik ist eine stetige staatliche Aufgabe, die wirtschaftliche und soziale Situation der Menschen in der Gesellschaft zu verbessern. Wir als Jusos sehen hier den Freistaat in zwei Rollen: Als Arbeitgeber*in ein Vorbild für den kapitalistischen Markt zu sein und im Rahmen der landespolitischen Kompetenzen für sozialpolitisch möglichst weitgehende Regelungen zu kämpfen, die den Marktmechanismen klare Grenzen aufzeigen. Wie weit Sachsen von diesem Anspruch noch entfernt ist, zeigen die in den letzten fünf Jahren in der Koalition mit der CDU gescheiterten Vorhaben: Wir haben heute kein Gleichstellungsgesetz, das seinen Namen wirklich verdient oder ein modernes Vergabegesetz.

Deshalb fordern wir:

- ein modernes Gleichstellungsgesetz, das den heutigen Herausforderungen gewachsen ist.
- ein modernes Vergabegesetz, das einen Landesmindestlohn von mindestens 12€ festlegt, sich aber auch weiterhin an Unternehmenskriterien wie vorhandener Tarifbindung, einem hohen Anteil an Festangestellten, der Ablehnung von Leiharbeit sowie einer Übernahmegarantie für Azubis orientiert.
- die Festlegung von Nachhaltigkeitskriterien und deren strikte Einhaltung.
- eine verbindliche tarifliche Bezahlung, sofern eine Personalkostenförderung aus Landesmitteln, z.B. im Sozialbereich, in Anspruch genommen wird.
- dass der Freistaat seinen Beamt*innen zukünftig auf Wunsch auch den Arbeitgeber*innenanteil für die gesetzliche Krankenversicherung erstattet, um die Absicherung der gesetzlichen Krankenversicherung attraktiver zu machen.
- die Abschaffung sachgrundloser Befristungen im öffentlichen Dienst und die Schaffung moderner Arbeitsplätze, flexibler Arbeitszeiten sowie allgemein besserer Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, um Arbeitnehmer*innen attraktive Optionen zu bieten.
- besondere Unterstützung von Angestellten im öffentlichen Dienst, die Diskriminierung erfahren, um Diversität innerhalb der sächsischen Verwaltung zu fördern.

- den massiven Ausbau der mehrjährigen Förderung, um im sozialen Bereich zu einer deutlichen Steigerung der unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse zu kommen.

•

Sowohl die positiven Auswirkungen des Mindestlohns als auch die dauerhaft schlechte Tarifbindung in Sachsen zeigen auf unterschiedliche Weise, dass die Niedriglohnpolitik der CDU der letzten Jahrzehnte gescheitert ist. Die SPD muss sich als Partnerin der Gewerkschaften verstehen und steht somit in der Pflicht, diesem Zustand eine Politik entgegenzusetzen, die die Rechte von Arbeitnehmer*innen in Sachsen kompromisslos schützt. Darüber hinaus fordern wir, dass der Freistaat Sachsen alle Initiativen unterstützt, die sich für eine stärkere Besteuerung großer Einkommen, Vermögen und Erbschaften auf Bundesebene einsetzt. Die Ballung von mehr Vermögen in den Händen Weniger können wir nicht akzeptieren – eine echte Umverteilung ist überfällig!

Wir Jusos fordern mit Blick auf Sachsen weiterhin:

- die schnellstmögliche Gestaltung eines Branchentarifvertrags für den Pflegesektor gemeinsam mit den Arbeitnehmer*innen und ihren Vertretungen.
- ein gesetzlicher Anspruch auf mindestens 8 Tage Bildungsurlaub sowie eine vereinfachte Anerkennung entsprechender Träger*innen und dem damit verbundenen Abbau bürokratischer Hürden.
- aktive Maßnahmen zur Förderung von Arbeitnehmer*innenvertretungen und JAVs, wie z.B. die Einführung eines verpflichtenden Gewerkschaftstages an Berufsschulen.
- eine Offenlegungspflicht der Arbeitgeber*innen in Bezug auf ihre Mitgliedschaften in Arbeitgeber*innenverbänden mit oder ohne tarifliche Bindung.
- die massive personelle Aufstockung des Zolls, um in der Lage zu sein, Unternehmen regelmäßigen Prüfungen zu unterziehen und Verletzungen von Arbeitnehmer*innenrechte zu ahnden.

Wir Jusos vertreten die Interessen junger Menschen, die in Sachsen ihre Zukunft sehen wollen. ***Wir fordern darum:***

- die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Ausbildung und Studium muss aktiv vom Staat befördert werden.
- die Gründung einer Landesgesellschaft für Digitalisierung, um die Unterstützung der Kommunen beim Thema Breitbandausbau durch den Freistaat zu sichern.
- dass bis 2024 jeder Haushalt ans Glasfasernetz angeschlossen ist.

Das Recht auf bezahlbaren Wohnraum für alle ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehört für uns zu den elementarsten sozialen Ansprüchen, die eine Gesellschaft bereitstellen muss. Der Freistaat Sachsen trägt hier die Verantwortung für seine Bürger*innen und ist in der Verpflichtung, noch stärker in den sozialen Wohnungsbau einzusteigen. Auch in den wachsenden Großstädten

muss für jede*n guter Wohnraum verfügbar sein – und zwar nicht nur in ausgewählten Quartieren.

Wir fordern deshalb:

- eine deutliche Aufstockung der Landesmittel für den sozialen Wohnungsbau. Dabei wollen wir den Fokus auf die Neuschaffung bzw. Ausweitung von Wohnraum in kommunaler Hand setzen.
- dass bei von privaten Bauherren errichtete und geförderte Wohnungen künftig eine Frist von mindestens 25 Jahren (statt 15 Jahren) gilt, in denen diese belegungs- und mietpreisgebunden sind.
- dass bei der Vergabe von Landesfördermitteln die Mitbestimmung der Mieter*innen über sogenannte Mieter*innenbeiräte garantiert wird.
- die gezielte Förderung von genossenschaftlichen Wohnkonzepten.
- eine vergünstigte Weitergabe von Landesliegenschaften an die Kommunen, um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu unterstützen.
- die Einführung einer Mietpreisbremse in Dresden und Leipzig sowie die Schaffung von landesrechtlichen Möglichkeiten zur Einführung eines Mietendeckels Gebieten mit einem angespannten Wohnungsmarkt.
- die Einführung eines Zweckentfremdungsverbotes, um Wohnraum für seinen eigentlichen Zweck zu erhalten.
- ein Sonderprogramm für studentisches Wohnen, mit dem die Studierendenwerke bei der Erhaltung und Schaffung von studentischem Wohnraum unterstützt werden.
- Unterstützung der Kommunen beim Bau von Azubi-Wohnheimen.

Für ein nachhaltiges Sachsen

Obwohl die Notwendigkeit einer verkehrs- und umweltpolitischen Wende deutlich ist, ist das Auto auch im Jahr 2019 immer noch das meistgenutzte Verkehrsmittel in Sachsen. Vielerorts mangelt es an attraktiven Alternativen, die Menschen dazu bewegen, vermehrt das Rad oder den ÖPNV zu nutzen. Dabei bietet Sachsen mit einem ehemals dichten Schienennetz und der größten Bevölkerungsdichte der fünf ostdeutschen Flächenländer gute Voraussetzungen für eine andere Organisation der Mobilität. Eine Verkehrswende ist für uns aber nicht nur eine umweltpolitische Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der Gerechtigkeit, um wirklich allen Menschen bezahlbar Mobilität zu gewährleisten. Daher muss der Freistaat Sachsen seiner Verantwortung nachkommen und die gerechte Versorgung aller Menschen über rein wirtschaftliche Kriterien stellen.

Das bedeutet für uns:

- die Einführung eines kostenfreien Bildungstickets für Schüler*innen, Azubis, Studierende und Freiwilligendienstleistende, das im kompletten sächsischen ÖPNV gültig ist.
- das Chaos der Zweckverbände zu überwinden und einen landesweiten Tarif im Nahverkehr zu schaffen und somit die Gründung einer neuen Landesnahverkehrsgesellschaft, in der zumindest der Schienenverkehr und überregionale Buslinien organisiert sein sollen.

- die Anbindung ländlicher Räume an das S-Bahn-System und die damit verbundene Verbesserung der Erreichbarkeit der großen Oberzentren.
- die Bereitstellung eigener Landesmittel für die Bestellung des Nahverkehrs nach dem Vorbild anderer Bundesländer.
- ein erheblicher Angebotsausbau mit dem Ziel der Verdopplung der ÖPNV-Nutzung, also bspw. dichtere Takte auf den Hauptachsen und die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken.
- die Garantie von Barrierefreiheit, gut ausgestatteten Haltestellen und kostenlosem WLAN. Dies darf keinen Luxus darstellen, sondern muss als unverzichtbarer Teil eines Nahverkehrs, der eine tatsächliche Alternative zum Auto darstellt, angesehen werden.
- die Ermöglichung von bezahlbaren Ticketpreisen, inklusive der Einführung des 365€-Tickets als Jahresticket, welches zunächst nur in den jeweiligen Verkehrsbünden gilt, perspektivisch jedoch im Rahmen einer Landesverkehrsgesellschaft sachsenweit eingeführt werden kann.
- dass flexible Bedienformen oder Bürgerbuskonzepte für manche, insbesondere ländliche Regionen eine gute Ergänzung sein können, jedoch nicht als vollwertiger Ersatz für einen ordentlichen und getakteten ÖPNV, der auch ordentlich entlohnt wird.
- dass anstelle weiterer Autobahnausbauten der Fokus auf die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene gelegt wird. Dafür vorausgesetzt ist u.a. die Elektrifizierung der Bahnstrecken, z.B. nach Görlitz. Dies führt auch zu verbesserten Nahverkehrs- und Fernverkehrsverbindungen.
- Anreize zu setzen, damit Kommunen Straßen und Parkplätze für andere Verkehrsträger oder verkehrsfremde Nutzungen zurückzubauen.
- die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, um so eine selbstbestimmte, nachhaltige Mobilitätswende in den sächsischen Kommunen zu ermöglichen.
- dass kreisfreie und kreisangehörige Kommunen mehr Freiheiten in der konkreten Ausgestaltung der kommunalen Abgaben ermöglicht werden, um die Lenkungswirkung kommunaler Abgaben für die Transformation der Mobilität zu nutzen.
- auf Landesebene die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit indirekte Nutznießer*innen wie Immobilieneigentümer*innen und Arbeitgeber*innen an der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs beteiligt werden können.

Unser Ziel, eine soziale Durchmischung der Stadtteile sicherzustellen, wird sich langfristig jedoch nicht allein mit Förderung von Neubau und Preisbindung nicht erreichen lassen. Schon jetzt ist in den Zentren Bauland knapp und wir wollen auch das verbliebene Grün in der Stadt erhalten, sodass Neubau an Grenzen stoßen wird. Preisbindung ist stets auch nur eine Lösung auf Zeit. Deshalb müssen wir einen marktrelevanten Teil des Wohnungsmarktes dem Spiel der Märkte entziehen. Wo noch bebaubare Grundstücke in öffentlicher Hand sind, soll daher grundsätzlich durch die öffentliche Hand selbst oder durch gemeinwohlorientierte Träger gebaut werden. Soweit andere Maßnahmen nicht greifen und die Vergesellschaftung von Großvermieter*innen unterhalb des Verkehrswertes rechtlich möglich ist, sehen

wir darin ein geeignetes Mittel, um die Preisspirale zu stoppen und eine langfristig gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung des Mietmarktes sicherzustellen.

Auch der Klimawandel gehört zu den drängendsten Problemen unserer Zeit. Uns ist klar, dass wir die Gesundheit unseres Planeten und unserer Umwelt aktiv schützen müssen. Deshalb betrachten wir Klimaschutz und Umweltschutz als Querschnittsthema und bekennen uns klar zu den Klimazielen von Paris. Der Erhalt von Arbeitsplätzen kann niemals Begründung dafür sein die Energiewende zu verschleppen! Wir fordern einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohlewirtschaft in Sachsen bis spätestens 2030 und darüber hinaus einen genauen Plan für den Strukturwandel in den Abbaugebieten! Wir lassen die Angestellten in den Lausitzer und mitteldeutschen Braunkohlerevieren nicht allein. Zum konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien, der für das Einhalten des Pariser Klimaabkommen unabdinglich ist, müssen der Landesentwicklungsplan und die Regionalpläne angepasst werden. In allen vier Planungsregionen sollten die Vorrang- und Eignungsflächen erhöht werden. Hierbei dürfen geltende raumrelevante Kriterien (flächensparend, effizient und umweltverträglich) nicht außer Acht gelassen werden, dennoch ist ein gezielter Ausbau nur möglich, wenn der Flächenanteil erhöht wird. Weiterhin fordern wir ein durchdachtes und ausgewogenes Konzept der Technologieförderung neuer Energiekonzepte. Der UN-Bericht zum Artensterben in diesem Jahr hat weltweit für Entsetzen gesorgt. Auch in Sachsen müssen aktiv Maßnahmen zum Schutz von Tier- und Pflanzenarten ergriffen werden, besonders zum Schutz ihrer Lebensräume. Etwa durch vermehrte politische Unterstützung von Streuobstwiesen, der Renaturierung von Mooren, selbstverständlicher Heckenbau zwischen Feldern und der Förderung von Mischwäldern statt Fichtenmonoforsten.

Die Landwirtschaft in Sachsen muss stärker auf ökologischen Landbau und weniger auf Monokulturen setzen. Nur so sind lebendige Felder möglich, denn wir verstehen Felder als Lebensräume von unterschiedlichsten Tier- und Pflanzenarten. Den Einsatz von genetisch verändertem Saatgut und umstrittenen Unkrautvernichtern wie Roundup mit dem Wirkstoff Glyphosat lehnen wir grundsätzlich ab.

Wir setzen uns ein:

- dafür, jede Flächenversiegelung, etwa durch neue Ortsumgehungsstraßen oder ausufernde Gewerbegebiete, umfassend und unter ökologischen Aspekten zu durchdenken. Sachsen hat überdurchschnittlich fruchtbare Böden. Wir brauchen daher auch verstärkte Initiativen zur Entsiegelung von Brachflächen.
- für eine Abwendung von chemieintensiver, destruktiver Landwirtschaft hin zu ökologischeren, umweltschonenderen Alternativen gibt.
- dass Gemeinschaftsgärten, Landwirtschaft nach dem Solidaritätsprinzip, Schrebergärten, etc., unterstützt werden.
- gegen die Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (§ 7 Abs. 2 Nr. 13 i.V.m. § 44) in Bezug auf den Wolf und für die Streichung des Wolfes aus dem sächsischen Jagdgesetz. Der Wolf gehört für uns zur sächsischen Natur und

wir freuen uns, dass er nach so langer Zeit wieder bei uns heimisch geworden ist.

- für die Erstellung koordinierter Aktionspläne zum Bienenschutz, die nicht nur eine wirksamere Regulierung und Kontrolle des Einsatzes von Agrochemikalien zum Ziel haben, sondern auch die Überwachung der Gesundheit von Bienen und anderen Bestäubern erleichtern. Langfristig soll daran gearbeitet werden, naturnahe Lebensräume innerhalb und in der Umgebung von Agrarlandschaften zu verbessern und die Biodiversität auf Agrarflächen zu erhöhen.
- dafür, ein Bewusstsein für den verantwortungsvollen Konsum von Nahrungsmitteln zu schaffen und dafür Initiativen sowie (außer-)schulische Bildungsangebote auszubauen, um ein Bewusstsein für Qualität statt Quantität zu schaffen.
- für ein Verbot der Vergabe von Reserveantibiotikum an landwirtschaftlich gehaltene Nutztiere im Freistaat Sachsen.
- für die Entwicklung einer Strategie zur Errichtung einer echten Kreislaufwirtschaft bis 2050. Das Ziel ist die Sicherstellung der vollständigen Wiederverwertbarkeit aller Produkte nach Ablauf ihrer Nutzungsdauer.
- dafür, die Kommunen anzuregen, Zirkussen mit Wildtieren keine kommunalen Standflächen zur Verfügung zu stellen. Wir sind überzeugt, dass eine art- und tiergerechte Haltung von Wildtieren aller Art durch Zirkusse nicht möglich ist und dass der Einsatz von Wildtieren innerhalb der Bühnenshow generell abzulehnen ist.

Für ein junges Sachsen

Der bildungspolitische Bereich war eine der zentralen Baustellen in der Arbeit der schwarz-roten Koalition. Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat insbesondere im Bereich Bildung hart gekämpft und einiges erreicht. Das Stoppen der Kürzungspolitik von CDU und FDP war insbesondere innerhalb der Bildungspolitik der erste notwendige und wichtige Schritt. Das Schaffen von 5.000 neuen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, sowie die gleiche Lohneingruppierung für alle, egal an welcher Schulart eingesetzt, waren extrem wichtige Maßnahmen. Beides waren auch Positionen der Jusos Sachsen, die somit umgesetzt wurden.

Auch der Einsatz für das Landesprogramm Schulsozialarbeit und die Verdoppelung der Mittel für Ganztagsangebote sind absolut in unserem Sinne gewesen. Sich in den kommenden fünf Jahren auf dem Erreichten auszuruhen, wäre mit Blick auf die anstehenden Aufgaben im Bildungsbereich fatal. Die Bildungspolitik in Sachsen ist noch weit davon entfernt wirklich gerecht zu sein und allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen und Möglichkeiten zu bieten.

Wir fordern deshalb:

- dass Bildung kostenlos wird! Wir fordern absolute Kostenfreiheit, von der Krippe bis zum Meister- oder Masterabschluss. Ein erster wichtiger Schritt dabei muss sein, die Hortgebühren abzuschaffen. Auch bei der freien Bereitstellung von Lehrmitteln sehen wir nach wie vor Nachholbedarf.

- dass das Bildungsministerium endlich in sozialdemokratische Hände kommt! Fast 30 Jahre CDU-Herrschaft in diesem Bereich haben unübersehbare Spuren hinterlassen. Wie die letzten Jahre gezeigt haben, braucht es nicht nur Koalitionsverträge und Vereinbarungen, sondern auch konkrete Mittel, um Inhalte umzusetzen.
- eine generelle Überarbeitung der Lehrpläne aller Schulformen! Wir müssen dafür sorgen, dass Vertreter*innen aus Praxis, Wissenschaft und Verwaltung gemeinsam über die Bildungsziele und Schwerpunkte neu beraten.
- eine Stärkung der politischen Bildungsarbeit an sächsischen Schulen! Nur so wirken wir Demokratieverdrossenheit und rechtem Gedankengut früh und effektiv entgegen.
- eine Revolution der Lernkultur! Binnendifferenzierter Unterricht, individuelle Rückmeldungen statt oder notfalls ergänzend zu Schulnoten, Methodenvielfalt und Bewegungsförderung lauten unter anderem die Stichworte hierfür.
- langfristig ein Bekenntnis zur Gemeinschaftsschule als einziges Schulmodell! Das gegliederte Schulsystem ist unsolidarisch und entspricht nicht unserer Vorstellung einer generell klassenlosen Gesellschaft. Die Einführung der Gemeinschaftsschule als zusätzliche Schulform wäre ein wichtiges und überfälliges Signal, allerdings ist es für uns nur ein Zwischenschritt.
- die Etablierung eines an Bewerber*innen orientierten Einstellungsverfahrens für Lehrkräfte mit schulscharfen Ausschreibungen.
- das Festhalten am Ziel, die Pflichtstundenzeit für Lehrer*innen auf 23 Stunden zu verringern. Damit entlasten wir nicht nur die Lehrer*innen selbst, sondern machen den Beruf auch gleichzeitig attraktiver und heben die Chance, in Zukunft den Lehrer*innenmangel zu unterbinden.
- dass der Ganztagsanspruch im Grundschulalter soll zeitnah realisiert wird! Gleichzeitig muss sich die künftige SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag für eine weitere finanzielle Unterstützung der Schulträger einsetzen, um ausreichende und abwechslungsreiche Ganztagsangebote realisieren zu können. Bildung und Entwicklung finden nicht nur im Unterricht statt und Schulen sind keine bloßen Bildungseinrichtungen.
- dass der Besuch einer Holocaust-Gedenkstätte endlich Pflicht wird und fest im Lehrplan verankert wird! Neben politischer Bildung ist die direkte Auseinandersetzung mit dem dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte eine notwendige Maßnahme gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.
- die Quote von Schulabbrecher*innen zu reduzieren! Wir fordern daher einen weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit unter der Einbeziehung der Jugendhilfe.
- die Aufstellung eines Schulnetzes für die berufliche Bildung.
- die Fortschreibung der „Weiterbildungsstrategie Sachsen“, sowie die Novelle des Weiterbildungsgesetzes und die Einführung eines Bildungsfreistellungsgesetzes.
- ein echtes Konzept für die Digitalisierung an sächsischen Schulen, das über die Versorgung mit Glasfaser bis 2021 hinausgeht. Es gibt immer noch Schulen in Sachsen, denen einfachste technische Geräte fehlen. Die Schulträger müssen weiter dabei unterstützt werden, die Schulen

ausreichend auszustatten. Zentral ist für uns aber nicht nur die Anschaffung neuer Technik, sondern auch die sinnvolle Berücksichtigung digitaler Lehrmethoden in den überarbeiteten Lehrplänen.

- das Herabsetzen des Betreuungsschlüssels muss weitergehen. Die bisherigen Änderungen waren ein wichtiger Schritt, bringen aber noch keine spürbare Verbesserung. Wir fordern die Herabsetzung des Betreuungsschlüssels auf mindestens:
 - 1:4 (Krippe)
 - 1:10 (KiTa)
 - 1:18 (Hort)
- eine echte Reform des Erzieher*innen-Berufs z.B. dahingehend, dass eine Ausbildung direkt ab Schulabschluss möglich ist, sowie die Absicherung der erfolgreichen Kapazitäten in der beruflichen und akademischen Ausbildung.
- eine Abschaffung der KiTa-Gebühren! Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen nicht nur qualitativ gute Kindertagesstätten hat, sondern diese auch kostenfrei sind. Andere Bundesländer gehen bereits mit gutem Vorbild voran, Sachsen muss nachziehen! Selbstverständlich muss auch die Ganztagesbetreuung im Grundschulbereich – heute zumeist in einem Hort organisiert – ausgebaut werden.

Wir Jusos begrüßen ausdrücklich den Richtungswechsel, der in den vergangenen fünf Jahren in der Hochschulpolitik stattgefunden hat. Es ist sehr wichtig, dass der Personalabbau an sächsischen Hochschulen gestoppt wurde und es mit der Hochschulentwicklungsplanung nun eine gute Grundlage gibt, auf der aufgebaut und geplant werden kann. Auch für Studierende gilt: Gleiche Chancen und Möglichkeiten für alle! Ob, wie lange und welches Fach man studiert, darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein.

Für die kommenden Jahre fordern wir Jusos:

- die sächsischen Hochschulen und ihre Studiengänge müssen erhalten werden und darüber hinaus neue Studienplätze geschaffen werden! Insbesondere der künstlich geschaffene Deckel von 95.000 Studierenden in der Hochschulentwicklungsplanung muss aufgehoben werden.
- die Hebung der Grundfinanzierung der Hochschulen unter Einbezug der neuen Bund-Länder-Pakte im Wissenschaftsbereich!
- dass das Recht auf ein gänzlich gebührenfreies Studium gesetzlich festgeschrieben wird. Langzeitgebühren lehnen wir ab.
- eine Neuordnung des Zulassungsverfahrens über die Initiative zu einem neuen Bundes-Hochschulzulassungsgesetz und wenigstens einem novellierten Staatsvertrag zur Hochschulzulassung.
- dass die Zulassung für Menschen mit Beeinträchtigung, ausländischen Studierenden und Staatenlosen über Vorab-Quoten möglich gemacht wird.
- die Umsetzung des Masterplans „Medizin 2020“ unter Berücksichtigung der kritischen Beleuchtung des BMVD, sowie eine Aktualisierung der Gesetze für die Hochschulmedizin.

- die Wiederherstellung der automatischen Mitgliedschaft in der verfassten Studierendenschaft. Denn nur wenn alle Studierenden ihren solidarischen Beitrag leisten, kann die studentische Selbstverwaltung ihre Aufgaben effektiv und im Sinne der Studierenden erfüllen.
- dass das Ziel der nächsten Legislaturperiode ist, die umfassende Reform des Hochschulfreiheitsgesetzes mit der Zielsetzung restriktive Maßnahmen weitestgehend zurückzubauen ist.

⇒ Zur Umsetzung der zuvor genannten Ziele muss die studentische Rolle in den Hochschulgremien gestärkt werden. In Berücksichtigung der Größe der Statusgruppe der Studierenden erscheint eine paritätische Zusammensetzung nach Vorbild des Verwaltungsrates des Studierendenwerkes in allen Gremien der Hochschule als sinnvoll.

Auch im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik haben wir in Sachsen noch sehr viel Arbeit vor uns. Besonders in diesem Bereich ist es wichtig, Wert auf Gerechtigkeit und Solidarität zu legen. Wir Jusos kämpfen für Chancengleichheit, für die Beseitigung sozialer Schranken und dafür, kein Kind zurück zu lassen. Ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung waren u.a. die Anhebung der Jugendpauschale und die Verdoppelung der Förderung für Jugendverbandsarbeit. Für uns steht jedoch fest, dass es nicht ausreicht, Kinder und Jugendliche nur zu unterstützen. Wir wollen, dass sie aktiv beteiligt werden und über politische Entscheidungen nicht nur mitreden können, sondern auch, dass sie gehört werden und mitentscheiden dürfen.

Wir fordern deshalb:

- eine Herabsetzung des aktiven Wahlrechts für Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen auf das Mindestalter von 14 Jahren. Außerdem sollen Strukturen erarbeitet werden, inwiefern eine barrierefreie Einschreibung ins Wähler*innenverzeichnis vor dem 14. Geburtstag erarbeitet werden kann. Ebenso soll sich Sachsen im Bundesrat und die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen im Bundestag, für eine Initiative zum Herabsetzen des Wahlalters auf Bundesebene stark machen.
- dass die Arbeitsbedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe verbessert werden. So unterstützen wir u.a. das Vorhaben der SPD Sachsen die mehrjährigen Finanzierungen für die Kinder- und Jugendhilfe gesetzlich möglich zu machen und damit für mehr Planungssicherheit zu sorgen.
- dass die 2010 unter Schwarz-Geld massiv gekürzte Jugendpauschale muss endlich auf ein angemessenes Niveau von mindestens 15 € erhöht werden.
- dass bei den Belangen von Kindern und Jugendlichen nicht gespart wird. Die erreichten finanziellen Mittel, u.a. für die Schulsozialarbeit, sind ein wichtiger Schritt, sie dürfen uns aber nicht zufrieden stellen.
- dass schon in den Kommunen, z.B. über Jugendparlamente und -beiräte, sich junge Menschen aktiv in die politischen Diskussionen und Entscheidungen einbringen können.

Für ein offenes Sachsen

Nicht erst seit den Ausschreitungen in Chemnitz. Im vergangenen Jahr steht Sachsen in Deutschland symbolisch für rechte Gewalt, Rassismus und Ausgrenzung. Die Bekämpfung von rechten Strukturen sollte daher unsere oberste Priorität sein. Die letzten vier Jahre haben gezeigt: mit der CDU Sachsen ist das nicht zu machen. Dies hat sich nicht zuletzt an der fehlenden Stellungnahme von Ministerpräsident Kretschmer zu dem Aufmarsch mehrerer hundert Neonazis am 1. Mai 2019 in Plauen gezeigt. Das gemeinsame Behindern der Aufmärsche von rechten, rassistischen und nationalistischen Gruppierungen ist eine Form politischer Partizipation. Der ständige Kriminalisierungsversuch von friedlichen Protesten durch Ordnungsbehörde, Polizei und Verfassungsschutz ist für uns nicht tragbar. Wir wenden uns konsequent gegen jede Form der Diskriminierung sowie Rassismus, Antisemitismus, Faschismus, Sexismus und Chauvinismus, egal von wem sie ausgeht.

Wir fordern stattdessen:

- die strukturelle Stärkung und finanzielle Förderung antifaschistischer Initiativen mit zahlreichen, diverse Projekten in der außerschulischen Jugendarbeit und Bildung, Ausstiegshilfen, Beratung, in der Netzwerk- und Infrastrukturentwicklung und in der Opferhilfe.
- mehr Programme der schulischen und freien Bildungsarbeit gegen Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus, Sexismus und andere nazistische Einstellungsmuster. Damit einhergehen muss die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, gegen Rechtsradikalismus.
- Politische Bildungsarbeit darf nicht von den ordnungspolitischen Vorstellungen des Verfassungsschutzes beeinflusst werden, sondern muss von der Zivilgesellschaft selbst getragen werden!
- den Einsatz für die Etablierung einer Bundesstiftung zur Demokratieförderung.
- die Integration von Migrant*innen und Geflüchteten zu stärken und für bessere Bedingungen in den Unterkünften zu sorgen. Wir stehen zu unserer Ablehnung von Ankerzentren und Konzepten ähnlicher Intention. Sachsen soll auch weiterhin Geflüchtete aufnehmen und dezentral unterbringen.
- die Abschaffung des sächsischen Verfassungsschutzes in seiner bisherigen Form. Nicht erst mit dem Auffliegen des NSU-Skandals hat der sächsische Verfassungsschutz seine Unfähigkeit bewiesen, die in Sachsen durch rechte Strukturen herrschende Bedrohungslage korrekt einzuschätzen. Durch den neuesten Verfassungsschutzbericht, in dem ein Konzert für die Demokratie in Chemnitz in mit zehntausenden Besucher*innen im Bereich „Linksextremismus“ erwähnt wird, wichtige Akteur*innen des Rechtsextremismus aber komplett fehlen, hat der sächsische Verfassungsschutz erneut bewiesen, dass bei ihm nach der Devise „rechts wegschauen, links draufhauen“ agiert wird.
- die Etablierung eines Instituts, an dem nach wissenschaftlichen Methoden „Früherkennung“ von Bedrohungen der Demokratie geleistet wird. An diesem Institut sollen auch zivilgesellschaftliche Initiativen beteiligt werden.

- sächsische Kommunen zu sicheren Häfen zu machen. Dies kann z.B. durch die Aufnahme von zusätzlichen aus Seenot geretteten Menschen und durch die Solidarisierung mit Seenotrettungsorganisationen geschehen.

Wie offen und partizipativ ein Bundesland ist, zeigt sich aber nicht nur durch den Umgang mit bspw. Demonstrationen, sondern auch durch staatliches Handeln in anderen Bereichen. Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung fassbar machen und gesellschaftliche Grundwerte weiter in die Breite zu tragen. Ein Staat sollte nicht nur einfach Angebote bereitstellen, sondern den Menschen vor Ort Partizipation bei der konkreten Ausgestaltung anbieten und dies sogar einfordern. Wenn es beispielsweise im Dorf an einer Einkaufsgelegenheit fehlt, könnte der Freistaat die Gründung entsprechender Genossenschaften gezielt fördern und dadurch zu einem partizipativeren Gemeinwesen beitragen.

Wir fordern weiterhin:

- den unverzüglichen Beschluss eines sächsischen Informationsfreiheitsgesetzes. Bürger*innen müssen endlich auch im Freistaat einen grundsätzlichen Rechtsanspruch darauf haben, in erweiterter Maße Informationen über die Arbeit der Verwaltung zu erhalten. Dieses Informationsfreiheitsgesetz muss anschließend fortdauernd evaluiert und auf Grundlage der gewonnenen Erfahrungen Schritt für Schritt zu einem Transparenzgesetz fortentwickelt werden.
- Gemeinderäte und Stadträte zu verpflichten, Beschlussvorlagen, die in öffentlicher Sitzung behandelt werden, vorab an geeigneter Stelle zu veröffentlichen, um eine breite Diskussion öffentlichkeitswirksamer Themen zu ermöglichen.
- den schnellen Ausbau von E-Government-Angeboten in den sächsischen Verwaltungen aller Ebenen.
- mehr Geld für Gerichte und Staatsanwaltschaften, denn Verfahren nehmen immer noch zu viel Zeit in Anspruch. Dafür müssen die Behörden modernisiert und digitalisiert werden, sowie massiv Richter*innen, Staatsanwält*innen und weiteres Personal eingestellt werden. Um die Attraktivität dieser Berufe zu erhöhen, sollen Richter*innen auf Probe nicht mehr unentwegt versetzt werden.

Auch durch das sächsische Polizeigesetz und die damit verbundene Unterstützung der christdemokratischen Law & Order-Politik hat sich die sächsische SPD in den vergangenen Jahren an massiven Eingriffen in die Grund- und Freiheitsrechte beteiligt. Wir wollen eine Polizei als Freundin und Helferin. Wir wünschen uns eine integrative Polizeiarbeit und Polizist*innen, welche nicht von Überstunden und einem massiven Mangel an Kolleg*innen geplagt sind. Wir wollen aufgeklärte, entspannte und vertrauensvolle Polizist*innen.

Als Jusos Sachsen fordern wir deshalb weiterhin:

- keine Ausweitung der Überwachungs- und Eingriffskompetenzen, bei realen oder konstruierten Gefahrenlagen. Sicherheit darf nicht gegen die Freiheit ausgespielt werden.
- die Verhinderung der Aufrüstung der Polizei mit militärischen Geräten, wie z.B. Maschinengewehren oder Handgranaten. Auch Bodycams sollen nicht zur Ausrüstung der sächsischen Polizei gehören.
- Abbau der Videoüberwachung und Gesichtserkennung.
- eine verpflichtende alphanumerische Kennzeichnungspflicht für alle Polizist*innen in Sachsen. Dazu zählen für uns auch Beamt*innen, die bei Großeinsätzen aus anderen Bundesländern hinzugezogen werden.
- dass die integrative Polizeiarbeit in den Fokus gerückt wird.
- das feste Eingliedern von politischer, demokratischer und antidiskriminierender Bildung in die Ausbildung und den Dienst bei der Polizei. Die Polizist*innen müssen weiterhin regelmäßig zu jeglichen Formen von rechtsradikalem Gedankengut und Gewaltformen geschult werden. Damit verbunden ist ein konsequentes Durchgreifen gegen antidemokratische, rassistische und sonstige rechte Einstellungen bei der Polizei und in anderen Behörden.
- die vorgesehene Abschaffung der Wachpolizei, wie in § 12 des Sächsischen Wachpolizeidienstgesetzes beschrieben, zum 31. Dezember 2020.

Eine moderne Drogenpolitik erkennt die komplexe Lebenssituation von abhängigen Konsumenten*innen an. Sie bietet eine verzahnte Sozial-, Gesundheits- und Ordnungspolitik als Lösungen eines gesellschaftlichen Problems. Die sächsische Drogenpolitik setzt auf drei Säulen: Prävention durch Information, Beratung und Behandlung sowie Repression. Dabei wird der zukünftige Handlungsdruck auf kommunaler Ebene verkannt. Während landesweit gegen die illegale Einfuhr und Schmuggel von Drogen vorgegangen wird, stehen besonders die Ballungszentren in Sachsen vor einer weiteren ordnungspolitischen Trendwende. Kommunen sollten deshalb motiviert werden die akzeptierende Drogenarbeit als bereits anerkannten Bestandteil der öffentlichen Drogenhilfe auszubauen und somit das bisherige Drogenhilfesystem sinnvoll ergänzen.

Daher fordern wir:

- eine Rechtsverordnung nach § 10a des Betäubungsmittelgesetzes zu erlassen, in der Drogenkonsumräume inklusive Drug-Checking erlaubt und eingeführt werden dürfen, um somit die Überlebens- und Ausstiegshilfen für die Klient*innen zu erweitern, gesundheitliche Risiken zu überwachen, sowie konsumbezogene Verhaltensweisen in der Öffentlichkeit zu minimieren.
- das Festhalten von Maßstäben zur Ausstattung, Qualität und Umfang des Angebots aufgrund neuester Erkenntnisse zu treffen und sich konzeptionell an Bundesländern zu orientieren, die schon mehrjährige Erfahrung gemacht haben.
- die Schaffung von Finanzierungsmöglichkeiten zum Betrieb der Drogenkonsumräume nach der Richtlinie Psychiatrie und Suchthilfe.

- in Sachsen die Definition des „Eigenverbrauch in geringer Menge“ beim Konsum von (noch) illegalen Drogen anzupassen und die Freimenge, z.B. bei Cannabis, nach dem Vorbild von Berlin auf 15 Gramm anzuheben.
- öffentliche Institutionen und Gremien dazu verpflichtet, die Förderung, Finanzierung sowie Kostenerstattung von Medikamenten an deren wissenschaftlich nachweisbare Wirksamkeit zu knüpfen. Eine Ausnahme für homöopathische Produkte soll dabei nicht ermöglicht werden.

Wir sprechen uns für eine konsequentere Umsetzung des 10-Punkte-Plans zur „Prävention und Bekämpfung des Crystal-Meth-Konsums“ der Landesregierung Sachsen aus. Hilfesuchenden Menschen muss adäquat und schnell geholfen werden.

Im Einzelnen fordern die Jusos Sachsen:

- die Erhöhung der Ausgaben für Straßensozialarbeit und mobile Jugendarbeit.
- die Schaffung geeigneter Therapieplätze für Eltern mit Kindern.
- die Erhöhung der Therapieplätze in Justizvollzugsanstalten, auch im Bereich des Frauenvollzugs.

Sachsen lebt von seiner aktiven Vereinskultur. Viele sind hier ehrenamtlich aktiv und gestalten so unser Zusammenleben. Durch die Regierungsbeteiligung der SPD konnte hier einiges erreicht werden und chronischer Sparpolitik ein Ende bereitet. Insbesondere der ländliche Raum muss jedoch noch stärker gefördert werden. In urbanen Umgebungen dürfen wir nicht zulassen, dass Kulturangebote durch Gentrifizierung bedroht werden. Es lohnt sich, in Kunst und Kultur sowie Ehrenämter zu investieren!

Wir setzen uns dafür ein:

- eine Sozialraumförderung analog der Kulturraumförderung zu schaffen.
- die finanzielle und strukturelle Unterstützung für den Sport beizubehalten und perspektivisch auszubauen. Dazu gehört für uns auch der Bau von Radwegen und Kinderspielplätzen zur Sportförderung!
- die Bereitstellung von mehr Mitteln im Haushalt für die Förderung alternativer, interkultureller und feministischer Kultur- und Jugendangebote, besonders in den ländlichen Raum.
- die Institution Ehrenamt zu stärken und den Ehrenamtspass entsprechend anzupassen und auszubauen.
- Lohngerechtigkeit auch im Kulturbetrieb zu sichern, genauso wie prekäre und befristete Beschäftigung durch den Ausbau langfristiger Förderungen zu bekämpfen.
- geschlechtliche Parität in allen Rundfunkgremien zu erreichen.
- alle im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesendeten Ton- und Videoinhalte obligatorisch mit einer maschinell lesbaren Untertitelspur zu versehen und alle von öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern produzierten oder in Auftrag gegebenen Inhalt mit Gebärdensprache und Audiodeskription auszustatten.

- dass darüber hinaus Web-Inhalte barrierefrei gestaltet werden. Dazu gehört die Anpassung aller Webseiten an Braille-Ausgabegeräte.
- im Rahmen der Förderung von Vereinen und Initiativen nach dem Motto „Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser“ zu verfahren. Die nicht projektbezogene Finanzierung sollte ausgebaut werden und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sollte es durch weniger Misstrauen möglich sein, die Förderung leichter und schneller bewilligt zu bekommen.